

Erstausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Gobanischgasse 33.
Besuchstunden der Redaction:
Sonnentage 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementspreis viertel 6/4, Halbj. 12/4, jährlich 24/4.
Die Post bezogen 6 RT.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter ohne Postbestimmung 20 Pf. mit Postbestimmung 45 Pf.
Inserate 4gehr. Sonntag 20 Pf. 2gehr. Sonntag 10 Pf. 1gehr. Sonntag 5 Pf.
Inserate für den 2. Anzeiger zu geben. — Nachdruck nicht gestattet. — Abdruckung von Anzeigen über die Postbestimmung.

No 331.

Dienstag den 27. November 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In Ausführung des ordnungsgemäß beschlossenen und genehmigten Gewerbe-Schiedsgerichts für die Stadt Leipzig ist die Wahl von sechs Mitgliedern, welche je zur Hälfte Arbeiter, zur andern Hälfte Arbeitgeber sein müssen, mit von denen die ersten ausschließlich von Arbeitgebern, die letzteren ausschließlich von Arbeitnehmern gewählt werden, vorzunehmen. Da der in § 20 des betr. Beschlusses enthaltene Uebergangsbestimmung zufolge die Veranstaltung und Leitung der ersten Versammlung dem unterzeichneten Rathe obliegt, so werden hierdurch alle Stimmberechtigten, und zwar ohne Unterschied des Geschlechts,
a. in der Abtheilung der Arbeitgeber alle diejenigen Kaufleute, Fabrikanten und selbstständigen Gewerbetreibenden, welche volljährig sind und in Leipzig nach § 14 der Gewerbeordnung ihr Gewerbe angemeldet haben,
b. in der Abtheilung der Arbeitnehmer alle diejenigen von ihnen, welche volljährig und in einem hiesigen Gewerbetreibenden zur Zeit der Wahl beschäftigt sind,
geladen, zur Ausübung ihres Wahlrechts und bei Verlast desselben für die jetzt vorzunehmende Wahl
Wittwoch, den 12. December 1877,
in der Zeit von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends im Wahlocale, im Saale der Alten Waage, Rathhausstraße Nr. 29, II. Stock, in Person sich einzufinden und ihren auf 30 wählbare Personen der betreffenden Abtheilung lautenden Stimmzettel abzugeben.
Die an der Wahl sich Betheiligenden haben sich vor dem Wahlausschusse, insoweit diesem nicht die Wahlberechtigung bekannt ist, also der Regel nach über ihre Wahlberechtigung auszuweisen, und zwar die Arbeitgeber durch Zeugnisse der Gewerbebehörde, die Arbeitnehmer durch Zeugnisse ihrer Arbeitgeber, resp. der Polizeibehörde, durch welche bestätigt wird, daß der Arbeitnehmer wirklich hier in Arbeit steht. Formulare für diese Zeugnisse werden im Rathhause, I. Stock, Zimmer Nr. 7, schon vom 6. December c. an unentgeltlich verabfolgt.
Wählbar sind unter den oben sub a und b aufgeführten Stimmberechtigten nur Männer, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, das 25. Lebensjahr erfüllt haben und in Leipzig wohnhaft sind.
Leipzig, den 26. November 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trübner.

Der Abg. Bamberger über die Lage im Reiche.

In Dresden hielt vor einigen Tagen der Reichstagsabgeordnete Bamberger einen Vortrag, in welchem er sich sehr freimüthig und anregend über die innere Lage aussprach. Ueber die Kanzlerkrise führte er aus: Man habe mit vielem Recht gesagt, die Reichsverfassung sei auf den Leib des Kanzlers zugeschnitten. Sollte dies der Fall sein, so sei darin nichts Empfindliches zu finden; dem Kanzler vor Allen hätte man ja die Schaffung der gegen sonst so veränderlichen Zustände zu danken, und man würde sich eines schändlichen Unbaths schuldig machen, wenn man die großen Verdienste nicht anerkennen und nicht auch Rücksicht auf die Person nehmen wollte. Redner glaubt, daß seine Vergangenheit wohl dafür bürgt, daß ihm der Gedanke fern liege, um der Person willen das Lob zu überstreifen; seiner Meinung nach sei aber die Dankesempfindung des deutschen Volkes für den aufopfernden Mann nicht so groß gewesen, wie sie hätte sein sollen. Vergleiche er die im Ausland zu Tage getretenen Ansichten, so komme er zu der Ueberzeugung, daß die Deutschen zu gewissen Zeiten sich nicht klar darüber geworden, wie groß der Mann gewesen sein muß, welcher aus der Wölfe der Vergangenheit die Zustände der Gegenwart geschaffen habe. Dabei könne Redner indes die Schatten der heutigen Zustände nicht übersehen; er könne nicht leugnen, daß es der Schatten des großen Mannes selber sei, welcher auf diese Zustände falle. Ein Colleague im Reichstage, der eine etwas seltene Junge beste, habe die Behauptung in Betreff des Ausschnitts der Verfassung dahin erweitert, daß dieselbe, wie sie ursprünglich dem gesunden Verstande angepaßt sei, nun auch für den kranken Verstand gemacht werden müsse, und es sei ja wahr, daß in Preußen, nach mehr aber im Reiche die Regierung alle Rechte davon habe, daß ein Kopf an der Spitze stehe, der Alles beherrsche, während der Mann selbst nicht da sei. Solche Zustände könnten nicht ewig dauern, man müsse wenn ein im Reiche so wichtiger Mann sich aus Gesundheitsrücksichten eine Zeit lang zurückziehen genöthigt sei, eine Stellvertretung an seiner Stelle haben. Unklarheit ist die Signatur der heutigen Zustände; es herrsche Unklarheit selbst in den obersten Stellen der Regierung und diese zu bekämpfen sei Sache der politischen Parteien in den gesetzgebenden Körperschaften. Dort herrsche ungeheure Empfindlichkeit, dies sei ein Zeichen politischer Reife; man solle auch nicht glauben, daß man in hohen und höchsten Regierungskreisen unempfindlich gegen die Kritik der Volksovertreter wäre, im Gegentheil, man sei dort sehr feinsinnig und werde ungerührt getödtet. Das bürgerliche Element bilde noch so sehr den festen Kern in den Ministerien, daß Parlamentarismuskörper auf Grund von Majoritäts-Verhältnissen die Regierung nicht zu überwinden vermöchten. Was der andern Seite habe Redner aber auch das Gefühl, daß die Männer, welche früher oder später zur Regierung berufen würden, ein großes persönliches Opfer brächten, wegen des unermesslichen Kampfes mit dieser Bureaucratie den höchsten alle Schwierigkeiten nicht davon abhalten, an die Bekämpfung der vorhandenen Uebelstände zu denken. Zur Zeit sei das Reich wie verwaist, der Kanzler sei nur anwesend, wenn er einen speziellen Grund habe; wäre dies nicht der Fall, so beste die Maschine still.

Man habe ja in neuester Zeit eine Erfahrung gemacht, die zeigt, wohin es führe: vor wenigen Wochen sei das Schicksal des Handelsvertrages entschieden worden, der Oesterreich mit Deutschland verbunden. Während die Kultur durch den Austausch der gegenseitigen Leistungen am meisten gefördert worden wäre, sähe man jetzt das Gegenteil. Eisenbahnen und Telegraphen seien getauft worden zur leichteren Verbindung und jetzt ständen Wächter an der Grenze, die jeden Zug aufhielten. Grundlag des Schicksals sei, es läme nicht darauf an, was gemacht werde, sondern darauf, daß etwas gemacht werde. Ob die Regierung Alles gethan habe, um dies abzuwenden, und was sie in der Zukunft thun wolle, auf diese wichtige Frage Antwort zu geben, sei Niemand vorhanden. „Ob das“, fragt Redner, „ein gesunder Zustand für ein erst seit wenigen Jahren lose zusammengefügtes Reich?“ In Bezug auf die sociale Frage ist Bamberger der Ueberzeugung, daß Bamberger und Börsen gegenüber der anstrengenden und zerschenden Kraft, die man den Klassenkampf nenne, nicht am Platze sei. Redner hat wahrgenommen, daß in manchen Kreisen hienun man mit der liberalen Bürgerschaft sich verständigen solle, die Empfindung vorgeherrschte, letztere könne aus Mangel an Erkenntniß das Staatschiff in schwere Stürme hineinfahren. Nun sei er zwar kein Schwarzmalerei und fürchte nicht, daß Deutschland unmittelbar von der Commune bedroht sei, man vermöge aber niemals vorherzugehen, wie schnell die Dinge sich entwickeln können, und er wolle nur an Amerika, an den dortigen großen Eisenbahnstreit erinnern. Rein Land sei so durchsetzt von Elementen des Klassenkampfes wie Deutschland; Frankreich habe seit wenigen Monaten eine socialistische Zeitschrift, Deutschland beste deren 45, ohne die 12 Organe der Gemenschaften, welche demselben Bestenfalls Evangelien stünden in deutschen Büchern, beruhten auf deutschen Grundrissen, die Parteiführer im Ausland seien Deutsche, überall sei das deutsche Element mit dem Socialdemokratismus identifiziert. So sehr die Partei sich auf die ungebildeten Massen stütze, sei ihr doch ein eigentümlicher, wissenschaftlicher Ton eigen. Wäre es bloß ein Haufe, der mit der Macht der Fünfte durchle, so würde Redner nicht für nöthig finden, über diese Dinge zu belehren, aber gerade weil auch die Bürgerschaft mit Hand anlegen, sei die Partei, welche das deutsche Volk an seiner besten Seite zu fassen wisse, gefährlich. Ihre Grundzüge hätten bereits eine weite Herrschaft in den Köpfen der Gebildeten erlangt. Redner unterzieht einige der bekannten socialdemokratischen Glaubensartikel seiner Kritik und kommt auf den Grund-Irrthum zu sprechen, der in der Vorlesung liegt, daß mit Hilfe des Staates die Welt des Verkehrs und des Erwerbes besser geordnet werden könne, als dies jetzt der Fall sei. — Nachdem Redner sich noch dahin äußert, daß überall da, wo die bürgerliche Gesellschaft angegriffen sei, der Socialismus Hand in Hand ginge mit dem Ultramontanismus, gelangt er zum Schluß und ermahnt die liberalen Bürger, sich dessen bewußt zu werden, wie nothwendig es sei, offen aufzutreten und offen Widerstand zu leisten. Während die Socialdemokraten den liberalen Bürgern juristen: „Ihr müßt vertilgt werden“, würden jene von diesen nur mit Hand-

schaben angefaßt, und man müsse ihnen sogar, daß vielleicht manches Gute an ihren Ideen sein möge.
Diesem gefährlichen Feinde gegenüber ziemt nicht mehr die Bornähe und Sorglosigkeit, die das Bürgerthum bisher gezeigt — vielleicht in allzu müßigem Vertrauen auf unsere Militärvorhältnisse, die man andererseits als drückend verschrie. Die Gefahr einer inneren Revolution sei auch in Deutschland entschieden vorhanden; sie gerade sei ein Hinderniß, die „drückende Militärlast“ herabzumindern, und das deutsche Bürgerthum werde gegen eine Reaction auf religiösem Gebiet sowohl als auch gegen den Militarismus nur dann mit Erfolg kämpfen, wenn es in der Regierung das Vertrauen erweist, daß es sich der Gefahren der Socialdemokratie bewußt und bereit ist, sich mit der Regierung bis auf's Aeußerste an der Bekämpfung derselben zu betheiligen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. November.
Ueber die treibenden Kräfte der Krisis in Frankreich entfällt ein Aufsatz des bekannten Elsäßer Abgeordneten Schneegans in der „Bogenwart“ folgende charakteristische Bemerkungen: „Es stehen die letzten Ereignisse noch zu nahe bei uns, als daß es nöthig wäre, auf den fortwährenden Einfluß der ultramontanen Partei und des Vatican's hinzuweisen. In Jedermanns Erinnerung bleibt noch das diplomatische Rundschreiben des Cardinals Simeoni vom 27. August 1877 über die weltliche Macht des Papstes, der Erlaß des Vatican's im September, der allen unabhängigen Franzosen, die sich dem Tribunal von Gebeten, anlässlich der Wahlen, anschließen werden, allgemeinen Ablog ihrer Ständen verspricht; die bischöflichen Weisungen vom 26. September; endlich das Tribunal vom 11. bis zum 13. October, am Tage vor den allgemeinen Wahlen; seltsame Vermischung jenes an Tugend erinnernden, des Mittelalters würdigen Verfahrens — mit dem allgemeinen Stimmentrecht! Was wird weiter geschehen? Wie wird sich Frankreich endlich des es fest und fester umfassen den Reizes des Ultramontanismus entledigen? Denn, dies bedenke man: so lange der jetzige Präsident der Republik in dem Elisee thronet, so lange liegt die Schlinge am Frankreich's Hals. Weiter liegt die Absicht nicht vor, dieses Bild des Einflusses des Ultramontanismus auf die jüngste Entwicklung der französischen Dinge zu verfolgen. Nur eines mag als Moral aus dieser Zusammenstellung von Thatsachen und Daten hervorgehoben werden, nämlich daß, wie die Dinge liegen, der Kampf, der sich in Frankreich abspielt, wenn er auch augenblickliche Lösungen zu bringen scheint, noch lange nicht ausgepielt hat; die Krisis in Frankreich ist nicht Anderes, als eine veränderte Auflage des Kulturkampfes, wie er sich in Preußen und in Deutschland abwickelt, und spät oder früh werden die liberalen, republikanischen Elemente in Frankreich zu der Erkenntnis kommen müssen, daß, in welchen Gefühlen sie sich auch des letzten Krieges halber Deutschland gegenüber bewegen, sie dennoch durch das Obot der eisernen Rothwendigkeit und zur Verteidigung ihrer ganzen modernen, freihethlichen Entwicklung auf ein enges, festes Zusammengehen mit dem liberalen Deutschland gegen jene Macht, die auf beiden Seiten der Vogesen als der alleinige „Erbsind“ angesehen werden sollte und soll, angewiesen sind.“
In den biographischen Skizzen über die neuen Minister ist wenig mehr nachzutragen. Hervorgehoben mag noch werden, daß die Vergangenheit fast sämtlicher Cabinetmitglieder eine fast bonapartistische Färbung zeigt; in doch der Chef des Ministeriums selbst ehemals Commandant eines Artillerie-Regiments der Kaisergarde gewesen und fällt sein Avancement der Hauptfache nach in die kaiserliche Periode. Die Republikaner üben ihren Biss an der neuen Regierung, indem sie dieselbe das „Cabinet der Durchgefallenen“ nennen; es sind nämlich nicht weniger als drei Mitglieder derselben bei den letzten Wahlen unterlegen.
Aus Paris, 25. November, wird dem „D. Montagbl.“ telegraphisch: Das Ministerium bleibt trotz der gestrigen Abstimmung. Die Opposition führen aus, daß das rein politische Botum der Kammer es nicht berühren könne, weil es ein bloßes Geschäftsmittel sei. Die republikanische Presse bezeichnet als die beste Lösung des Conflicts die Zusammenberufung eines Congresses, d. h. das Zusammenberufen eines Senats und der Deputirtenkammer. Die Regierung scheint indes entschlossen, ihren Widerstand, auf den Senat geführt, fortzuführen.

Ein anderes Telegramm aus Paris, 25. November, lautet: Das neue Ministerium bleibt bei dem gestrigen Abendbesuch im Elisee erschienen die Senatoren von der constitutionellen Gruppe besonders zahlreich, um den Marschall ihrer ferneren Unterstützung fest zu versichern und energisch die unversöhnliche Haltung der Kammer zu tadeln.
Die „Kreuzzeitung“ ist selbstverständlich über den Beschluß der medienburgischen Ritterschaft in Sachen der Eivilrechte sehr gerührt und wundert sich höchlich, wie die Liberalen den medienburgischen Ritterschaft gegen das Petitionrecht schmälen wollen. Die einzig zuständige Petitionsinstanz in diesen Dingen ist aber der deutsche Reichstag, mit dem die Herren in Sternberg indes aus guten Gründen Nichts zu thun haben mögen. Sie wollen, daß die medienburgische Regierung ihren Einfluß im Bundesrathe dazu benutze, um die obligatorische Eivilrechte, die überhaupt als solche nur einen Sinn hat, in eine facultative zu verwandeln, an der man den Leuten durch Kanzel und Beichtstuhl, sowie durch Büttel und Stod die Last schon vertreiben kann. Das eminent lässige dieser Idee steht mit dem Verlangen nach „Aushebung der Raibege“ genau auf derselben Stufe und die „Köln. Blg.“ empfiehlt demgemäß auch die Sternberger Nachricht in erster Linie für die Rabul „Humoristischer“, in die bekanntlich der ganze medienburgische Landtag hineingeht.
Der Paps befindet sich, wie die „Agencia Stefani“ meldet, andauernd sehr schwach.
Die hochofficiöse Wiener „Montagsrevue“ sagt, indem sie das etwa eintretende Verschiden des Paps bespricht, daß die gesammte civilisate Welt der nächsten Papswahl mit größter Spannung entgegenstehe. Die Wahl müsse mit der ganzen Energie der kaiserlichen Sagenen erfolgen, damit ihre Nützlichkeit unbestreitbar sei, und hoffentlich würden die Gerüchte über fallgefundene Aenderungen sich als unbegründet erweisen. Der Nachfolger des Papses würde mit den Thatsachen rechnen (?) und diese Rechnung dürfte, da man allseitig des Strettes müde, nicht allzu sehr erschwert werden.
Das ungarische Abgeordnetenhaus hat jüngst bei der Beratung des Strafgesetzes den Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe abgelehnt.
Das „Wiener Tageblatt“ meldet aus Bukarest: Osman Pascha ist zur Capitulation bereit, jedoch müßte die rumänische Armee zurückgezogen werden, da er keinenfalls mit dem Fürsten Karl unterhandeln werde; russischerseits will man diese Bedingung nicht zugeben.
Das „Wiener Fremdenblatt“ erzählt aus Konstantinopel, daß der Sultan jede Vermittlung einer neutralen Macht zurückweise. Wenn die Fortsetzung des Krieges sich als unendlich herausstelle, werde er direct wegen des Friedens mit dem Czaren unterhandeln. Erzultan Murad wurde zwangsweise nach Toplana übergeführt.
Am 25. November wurde von den Russen nach 2tägigem fortwährenden Kampfe die sehr stark läufige Stellung bei Proved genommen. Mehr türkische Labors stoben in Unordnung. General Rauch mit dem Semenovskischen Garderegiment und dem Schützenbataillon der kaiserlichen Armee entschieden den Kampf.
Ein offizielles Telegramm aus Bogot vom 24. November meldet: Gestern nach zehntägigem Kampf nahmen unsere (die russischen) Truppen die schwer zugängliche, durch den Feind sehr stark besetzte türkische Stellung bei dem Dorfe Proved (Pravoy) zwischen Dikane und Etropol ein. Der Ausgang des Kampfes wurde durch die Umgehungscolonne des Generals Rauch, bestehend aus dem Semenovskischen Regiment und den Schützenbataillonen Sr. Majestät, entschieden. Der Feind, gegen 10 Bataillone stark, flüchtete in voller Unordnung. Das äußerst coquirte Terrain, die eingetretene Dunkelheit und die Ermattung der Truppen verhinderten die Befolgung. Unser Verlust ist noch nicht genau festgestellt, aber nicht bedeutend. Gestern 10 Uhr Morgens griffen zwei türkische Labors mit Carallerie Truppen an und wurden 4 Uhr Nachmittags unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Unser Verlust betrug 2 Mann todt, 1 Mann verwundet.
Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ordnet ein kaiserliches Erbe die Einberufung von 150,000 Mann Bürgergarde nach Konstantinopel und den Provinzen an, um während der etwa erforderlichen Abwesenheit der regulären Truppen dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die christliche Bevölkerung ist aufgefordert worden, ebenfalls in die Bürgergarde einzutreten.
In Folge der von den gefangenen genommenen englischen Kerzen Douglas und Paschell im russischen Hauptquartier zu Protokoll abgegebenen Erklärungen über das Auffinden von barbarischen